

9. April 2021

Statement von Burkhard Jung, Präsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, für die Funke Mediengruppe (Samstagsausgaben) zur Einigung von Bund und Ländern auf eine Änderung des Infektionsschutzgesetzes

„Bisher gab es zu viel Durcheinander in den Ländern, mit welchen Bedingungen die Notbremse ab einer Inzidenz von 100 greift. Nach den letzten Bund-Länder-Treffen kam es trotz gemeinsamer Verabredungen zu ganz verschiedenen Lösungen. Dadurch ist bei den Menschen viel Vertrauen und Akzeptanz für die Corona-Politik verloren gegangen. Das spüren gerade wir in den Kommunen sehr deutlich. Deshalb begrüßen die Städte, dass nun das Infektionsschutzgesetz des Bundes geändert und ein gemeinsamer bundeseinheitlicher Rahmen geschaffen werden soll. Das ist ein wichtiges Zeichen der Geschlossenheit nach den Turbulenzen und dem vielstimmigen Chor der vergangenen Wochen.

Wir hoffen sehr, dass es nun gelingt, Vertrauen zurückzugewinnen. Dazu braucht es eine gute Kommunikation von Bund und Ländern. Alle Beteiligten müssen jetzt zeigen, dass sie aus den Fehlern bei der Umsetzung und der Kommunikation von Beschlüssen gelernt haben. Die widersprüchliche Kommunikation von nicht ausgereiften Ideen in den vergangenen Wochen war sehr unglücklich.

Im Moment ist die Lage so schwierig, dass die Pandemie außer Kontrolle geraten kann. Die Notbremse muss deshalb konsequent angewandt werden, wo die Infektionszahlen zu hoch sind. Und zusätzliche Maßnahmen sollten gegebenenfalls vorgesehen werden, wenn die Zahl der freien Intensivbetten zu gering wird oder die Zahl der mit Corona-Patienten belegten Betten auf Normalstationen zu hoch.“